



Freerk Huisken

„Woran erkennt man Neonazis?“

Steckbriefe und Enttarnungen als Kritikersatz

Nicht nur der Verfassungsschutz, auch die Bundeszentrale für politische Bildung, Landesregierungen, viele der Volksparteien, Gewerkschaften und auch einige Antifa-Bündnisse führen den Kampf gegen Neonazis und Skins als deren *Identifizierung*. Jungen und alten Deutschen wird mit vielfarbigem Aufwand gezeigt, woran sie diejenigen erkennen können, auf deren Propaganda sie nicht hereinfallen sollen. Da wird ihre Kleidung vorgestellt, Zahlencodes decodiert, Tattoos entschlüsselt, rechtsextreme Musiklabels benannt und die Läden aufgeführt, in denen Neonazis sich ihre Ausrüstung zusammenkaufen. Das ist schon recht absurd. Es wird enttarnt, was Nazis offen zeigen, wenn sie sich in Kampfmontur öffentlich präsentieren. Die gehen doch so ausstaffiert nicht zum Karneval, sondern demonstrieren offen ihre Gesinnung. Die Konterfeis von NPD-Funktionären komplettieren diese Steckbriefgalerien, mit denen die demokratischen Wächter der politischen Bildung der deutschen Jugend vor allem durch Schulen ziehen.

Diese Art der „Auseinandersetzung“ lebt von der Vorstellung, deutsche Jugendliche würden sich sofort von Neofaschisten *abwenden*, wenn sie nur *erkennen* könnten, *wer* aus ihrem Umfeld zu den neuen Rechtsradikalen gehört, wie diese aussehen und sich kleiden, wie sie reden und welche Mucke sie hören. Die professionellen und freiwilligen Verfassungshüter gehen offensichtlich davon aus, dass die politischen Auffassungen der neuen Rechten bei der Jugend ohnehin nicht ankommen. Wozu sich also mit den Parolen auseinandersetzen, wenn der deutsche Nachwuchs dagegen ohnehin immunisiert ist. Dies zum einen. Zum anderen aber fragt man sich, warum es dann überhaupt noch dieser Steckbriefe bedarf. Was soll diese Sorte Enttarnung, wenn sich Neonazis doch selbst enttarnen, sobald sie nur den Mund aufmachen oder ihre Flyer verteilen! Man traut der politischen Selbstentlarvung wohl doch nicht so recht.

Das hat seinen Grund. Denn es ist in der Tat ein ziemlicher Unterschied zwischen der gelernten und verinnerlichten *Moral* vieler Deutscher, dass der Faschismus – der alte und

der neue - das „abgrundtief Böse“ und das „Verbrecherische“ ist, dass Faschisten die hübsche Demokratie beschmutzen und deswegen auszugrenzen sind, *und* einer *Kritik* der neofaschistischen Politik. Wie soll der demokratisch ausgebildete Nachwuchs denn auch in Parolen der neuen Nazis deren „bösen“ faschistischen Kern erkennen, wenn in ihnen der Sozialstaat und die zunehmende Volksverarmung angegriffen, der globale Kapitalismus gezeißelt, vor nationalem Hegemonieverlust gewarnt und gegen G-8- und NATO-Konferenzen mobilisiert wird, wenn sie sich also nicht in Ausländerhetze und Hitlerglorifizierung erschöpfen; wenn sich in der Nazi-Propaganda vielmehr lauter Positionen finden, die man vom demokratischen bis linken Politspektrum auch kennt.

Gar nicht, lautet dann die Antwort. Das geht gar nicht, heißt es. Die „leihen“ sich linke Parolen, um in fremden Revieren zu wildern, hört man. Nichts als Kreidefresserei sei das. Da tarnen sich die Wölfe mit linken Schafspelzen, liest man! Kein Wunder dass dann sehr konsequent die *Demaskierung* von Neonazis die *politische Kritik* ihrer Ziele *ersetzt*. Das Aufzeigen ihrer Symbolik hat keinen anderen Zweck, als die Neonazis der nur moralisch verworfenen deutschen Vergangenheit, der Hitlerei eben, zuzurechnen. Seht her: „88 ist doch Heil Hitler“ und „18 steht für den Adolf“. Und schon ist man mit denen fertig. Kein Wunder, dass deswegen die Auseinandersetzung mit dem politischen *Gedankengut* der Neofaschisten als überflüssig und vielen sogar als Aufwertung der Rechtsextremen gilt.

Dumm nur, wenn sich diese Rechtsextremen gleich doppelt tarnen, wenn sie zusätzlich zur - angeblich - getarnten Politik auch noch ihr Outfit tarnen. Wie soll man denn „Nadelstreifenfaschisten“ von den „Nadelstreifendemokraten“ unterscheiden. Da helfen wirklich nur Steckbriefe, mit denen sich die Rechtstreue guter deutscher Demokraten mobilisieren lässt. Schon wieder tritt Denunziation an die Stelle politischer Kritik.

Fazit: Demokraten aller Couleur können (Neo-)Faschisten eben nicht kritisieren.

Sie können sie nur enttarnen, denunzieren, ausgrenzen und verbieten. Kein Wunder: Wenn Faschisten an zunehmender Volksverarmung nicht das materielle Elend kapitalistisch überflüssig gemachter Menschenmassen, sondern zum einen eine darin für sie zum Ausdruck kommende Auflösung der nationalen Volkseinheit, und die zum anderen die Verschwendung nationaler Ressourcen durch undeutsche Unternehmenspolitik anprangern; wenn sie am globalen Kapitalismus gerade nicht den weltweiten Siegeszug eines Ausbeutungssystems kritisieren, sondern auszusetzen haben, dass sich gute deutsche Unternehmen in internationale Konzerne verwandeln; wenn sie gegen G-8-Konferenzen und die NATO nicht die Versuche Deutschlands angreifen, sich an der imperialistischen Instrumentalisierung der Restwelt für die Bereicherung der eigenen Nation zu beteiligen, sondern mit der Stoßrichtung mobilisieren, Deutschland dürfe sich keinem politischen Fremddiktat unterwerfen - dann kommen Demokraten in der Tat in Schwierigkei-

ten. Entdecken sie doch bei dieser unerwünschten Konkurrenz in der Parteienlandschaft ein Einvernehmen mit ihren eigenen höchsten politischen Zielen: Der *Erfolg der Nation* geht auch den Neo-Faschisten im wahrsten Sinne des Wortes über alles. Nur möchten die ihn in anderer Weise bewerkstelligen: Mit einem deutschen Volk, das keine Klassen und deswegen auch keine Zerwürfnisse kennt; in dem deutsches Unternehmertum und deutscher Staat die deutsche Arbeitskraft einvernehmlich für deutschen Reichtum einsetzt; mit einer nationalen Politik, die deutsche Souveränität nicht in Bündnissen mit fremden Herrschern preisgibt; die dafür sorgt, dass – muslimisches - Fremdvolk nicht deutsches Volkstum unterwandert.... Es geht der Streit zwischen diesen beiden bürgerlichen Lagern also um die Art und Weise, wie Deutschland ökonomisch und politisch voran zu bringen ist. Soll sich Deutschland von „Fremdarbeitern“ helfen lassen oder nicht; soll sich Deutschland den Gesetzen des Weltmarkts unterwerfen und national den Kapitalerfolg auch dann politisch forcieren, wenn er mit der Schaffung von Millionen von Arbeitslosen einhergeht oder nicht; soll Deutschland weiterhin im Windschatten der Welt- und Militärmacht USA seinen Einfluss auf der Welt ausbauen oder nicht.... Und es ist dies nichts als ein Streit über nationale Erfolgswege. Es sind eben Demokraten wie Faschisten nie zufrieden mit den Erträgen der Nation, dem nationalen Reichtum und seiner Verwendung für den Ausbau deutscher Weltmacht. Besonders unzufrieden sind heute die Neofaschisten: Am deutschen Weg zur Mitweltmacht entdecken sie nichts als den Verrat an Deutschland.



©Foto: Albrecht E. Arnold / www.pixelio.de

Aber mit diesen enttäuschten Nationalisten von Rechtsaußen wird der Streit gar nicht geführt. Mit denen streitet man nicht; die grenzt man als guter Demokrat aus. Was nicht bedeutet, dass diese Auseinandersetzung über alternative Erfolgswege der Nation überhaupt nicht geführt wird. Sie wird geführt und zwar innerhalb der eigenen Riege. Denn

es finden sich im Lager der Demokraten genug deutsche Politiker, die in „Fremdarbeitern“ weniger einen nationalen Nutzen als vielmehr nur einen Schaden sehen, denen beim Arbeitslosengeld nur einfällt, dass da glatt Menschen Geld bekommen, ohne für Deutschland nützlich zu sein, die für stärkere Abkopplung von den USA sind und die die deutsche NATO-Mitgliedschaft durch ein deutsch bestimmtes europäisches Militärbündnis ersetzen möchten...

Die Neofaschisten werden dagegen politisch instrumentalisiert: Für die permanente Einschwörung des Volkes auf die Demokratie taugen sie allemal. Und dafür reicht die polit-moralische Denunziation und die immer währende Verbotsdebatte, dafür reichen Enttarnungen und Steckbriefe, dafür reicht die Warnung, dass der Schoss noch fruchtbar sei und man gar nicht genug den Anfängen wehren könne. An dieser Sorte Stiftung von Nationalbewusstsein im Volk zum Segen des demokratisch regierten Kapitalismus sollte man sich wirklich nicht beteiligen.



Über den Autor:

*Freerk Huisken, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Bildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

Kontakt:

www.fhuisken.de
info@fhuisken.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com